

Kampf um Vorherrschaft

Das Zukunftsinvestitionsprogramm der Partei Die Linke ist finanzierbar, wenn man es zu einem hegemonialen Projekt macht. Soziale Bedürfnisse der Mehrheit der Bundesbürger werden über Profitinteressen gestellt

Von Ralf Krämer, Michael Schlecht und Axel Troost, junge Welt

Vor einigen Wochen haben wir einen Antragsentwurf für ein Zukunftsinvestitionsprogramm der Partei Die Linke vorgelegt. 50 Milliarden Euro jährlich sollen aufgewandt werden, die der Staat in Feldern gesellschaftlichen Bedarfs investieren und für mehr Beschäftigung verwenden soll. Damit sollen die Arbeitslosigkeit und der drohende Kriseneinbruch bekämpft sowie soziale und ökologische Nachhaltigkeit gefördert werden. Zur Finanzierung sollen Reiche, Vermögende und finanzstarke Unternehmen mehr Steuern zahlen. Es können erhebliche Selbstfinanzierungseffekte einkalkuliert werden, die sich aus wachsenden Einkommen der abhängig Beschäftigten und sinkender Arbeitslosigkeit ergeben.

Innerparteiliche Debatte

Unser Vorschlag stieß auf heftige Gegenreaktionen insbesondere von Finanz- und Wirtschaftspolitikern ostdeutscher Landtagsfraktionen der Linkspartei. Mittlerweile hat der Parteivorstand die zentralen Punkte in seinen Leitantrag für den bevorstehenden Bundesparteitag übernommen. Damit wird unserem Anliegen Rechnung getragen, das Zukunftsinvestitionsprogramm als Kernelement einer wirtschaftspolitischen Alternative zur herrschenden Politik zu präsentieren.

In Anbetracht der Kritik und der Vorbehalte ist es sinnvoll, die Debatte weiterzuführen. Zumal wir der Auffassung sind, dass zumindest ein Teil der Einwände auf Missverständnissen beruht. »Wir können nicht nur Steuer(mehr-)einnahmen verteilen. Zu unseren wirtschaftspolitischen Alternativen sollten das Ziel der Vollbeschäftigung und solide Staatsfinanzen gehören. Gerade wir müssen nachweisen, dass nur ausgegeben werden kann, was durch die Gesellschaft erwirtschaftet wurde. Sonst bleibt an uns das Etikett der Umverteilungspartei kleben«, schrieb Helmut Holter, ehemaliger Arbeitsminister in Mecklenburg-Vorpommern und Mitglied unserer Partei, in einem kritischen Brief zu unserem Antragsentwurf. Zum einen ist es aus unserer Sicht ein positives Markenzeichen von Die Linke, dass sie die Partei der Umverteilung von oben nach unten ist, während die neoliberalen Parteien bevorzugt von unten nach oben umverteilen. Zum anderen mahnt Holter genau das an, was das Zukunftsinvestitionsprogramm mit unseren Finanzierungsvorschlägen leisten soll: mehr sinnvolle Produktion und Beschäftigung und solide Staatsfinanzen. Es ist eben nicht nur Umverteilung – wie höheres Kindergeld, Arbeitslosengeld, Renten, BAföG. So wichtig all das ist, gerade das Zukunftsinvestitionsprogramm ist mehr.

Die meisten innerparteilichen Kritiker gehören der Strömung »Forum Demokratischer Sozialismus« an. Dieses schrieb jüngst in einer Erklärung: »Die Linke muss es mit ihrem Auftreten und ihrer Politik schaffen, den Zusammenhang von berechtigten materiellen Interessen der sozial Benachteiligten – des Teils der Gesellschaft, der als »unten« gilt, und den emanzipatorischen Interessen aufgeklärter, mit den modernen Produktivkräften verbundener abhängig Beschäftigter oder auch kleiner und mittlerer Selbständiger – herzustellen und zu leben.« Diese Aussage können wir unterstützen. Aber was heißt das konkret?

Bildung und Arbeitsplätze

Für junge Menschen steht sicher die Bildungs- und Ausbildungsmisere ganz oben an. Es gibt zu wenige berufliche Ausbildungsplätze. Und diejenigen, die studieren wollen, sind mit Studiengebühren, BAföG und dem Kampf um den Studienplatz beschäftigt. Unter diesen Missständen leiden besonders junge Menschen aus sozial benachteiligten Familien. Deshalb: Linke Politik muss für eine massive Verbesserung der Ausbildungsbedingungen eintreten.

Wollen junge Leute eine Familie gründen und Kinder bekommen, sind sie mit schlechten sozialen Rahmenbedingungen konfrontiert. Zu wenige Kitas – vor allem im Westen –, zu wenige Kindergärten, zu wenige Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche und eine Schule, die sich an den Lebensperspektiven vieler Kinder versündigt. Deshalb: Linke Politik muss für einen massiven Ausbau von Erziehung und Bildung eintreten.

Genau diese Bedürfnisse fasst das Zukunftsinvestitionsprogramm zusammen. Ein wichtiger »Schwerpunkt ist die Bildung. Hier sind mindestens 20 Milliarden Euro jährlich notwendig, für Ganztagschulen und Kinderbetreuung, Weiterbildung, Hochschulen und die Ausweitung der BAföG-Leistungen. Die Linke betrachtet auch Personalausgaben in diesen Bereichen als Investitionen in die Zukunft.« So die Formulierung aus dem Leitantrag zum Parteitag Ende Mai in Cottbus.

Weitere wichtige Schwerpunkte sind die Infrastruktur in den Kommunen und die Ökologie. »Für Umweltschutz und ökologischen Umbau, insbesondere für Investitionen in Energieeinsparung und erneuerbare Energieträger, die Erneuerung der Abwasserentsorgung und Verkehrsinvestitionen, sind 15 Milliarden Euro jährlich erforderlich. Darüber hinaus sind weitere Investitionen in kommunale Infrastruktur und Daseinsvorsorge notwendig.«

Das Zukunftsinvestitionsprogramm geht über Konzepte eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors hinaus. Es geht um die Schaffung von einer Million tariflich korrekt eingruppierten und bezahlten Arbeitsplätzen. Hier handelt es sich nicht um eine Arbeitsbeschaffung, sondern der Ausgangspunkt ist der Ausbau von Dienstleistungen, um die Bedürfnisse der Menschen besser befriedigen zu können. Dabei besteht ein erheblicher Nachholbedarf. In den letzten 15 Jahren ist nämlich die öffentliche Beschäftigung in Deutschland dramatisch gesenkt worden. Der Anteil an allen abhängig Beschäftigten beträgt bei uns nur noch zwölf Prozent. Nur Japan hat geringfügig weniger. Alle anderen Industriestaaten weisen höhere Daten vor: Die USA haben einen Anteil von 16 Prozent, Großbritannien von 22 Prozent und Schweden liegt bei 33 Prozent. Hätten wir in Deutschland diese schwedische Marke, gäbe es keine Erwerbslosen mehr!

Öffentlich geförderte Beschäftigung sieht das Zukunftsinvestitionsprogramm für Langzeiterwerbslose und andere Menschen vor, die besonders schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Für sie sollen zusätzlich bis zu 500000 Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden. Wir wollen, dass ihnen durch Konzentration öffentlicher Finanzmittel und durch ihre Kombination mit anderen Fonds reguläre, versicherungspflichtige, tariflich oder zumindest entsprechend unserer Mindestlohnforderung bezahlte Arbeitsplätze angeboten werden. Diese Beschäftigung soll vor allem in den Regionen und Ländern mit der höchsten Langzeitarbeitslosigkeit, also insbesondere in Ostdeutschland und in Krisenregionen im Westen, geschaffen werden.

Fazit: Das Zukunftsinvestitionsprogramm bietet weit über einer Million Menschen einen neuen Job. Weit über eine Million Erwerbslose können wieder sinnvoller Beschäftigung nachgehen – tariflich bezahlt, so dass sie in aller Regel nicht mehr auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Gleichzeitig wird mit einem damit verbundenen Abbau der Arbeitslosigkeit der Druck und die Angst für die Beschäftigten genommen oder massiv verringert. Für alle wird die Versorgung

mit öffentlichen Dienstleistungen deutlich verbessert. Wir meinen: Ein Konzept, mit dem verschiedene Interessenlagen positiv verbunden werden können.

Partei der sozialen Gerechtigkeit

Mit dem Zukunftsinvestitionsprogramm werden Ziele verfolgt, die für die Linkspartei eigentlich mehr als selbstverständlich sind. Sie bringen zum Ausdruck, dass wir den Anspruch der sozialen Gerechtigkeit mit der Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft verbinden. Wir wollen die Partei der sozialen Gerechtigkeit sein, aber nicht den Mangel verteilen, sondern dafür sorgen, dass möglichst viel Reichtum für alle produziert wird. Deshalb war es schon befremdlich, welche Irritationen unser Vorschlag eines solchen Programms ausgelöst hat. Zumal es im Kern nichts Neues ist. Auch im Eckpunkteprogramm – quasi dem Gründungskonsens der Linkspartei – ist es bereits in der Größenordnung von 40 Milliarden Euro und der avisierten Schaffung von einer Million tariflich und sozialversicherungsrechtlich abgesicherter Jobs festgeschrieben.

Es kommt hinzu: Die Inhalte eines Zukunftsinvestitionsprogramms sind aus der »Memorandumgruppe« sowie aus langjährigen Debatten an der Gewerkschaftsbasis hervorgegangen, festgeschrieben in vielfältigen Beschlusslagen beim DGB, bei der IG Metall, bei ver.di und anderen Einzelgewerkschaften.

Konsens besteht zwischen kritischen Stimmen und uns darin, dass mit einer stärkeren Besteuerung von Reichen, Vermögenden und Konzernen zusätzliche Einnahmen von mindestens rund 70 Milliarden Euro erzielbar seien. So fordert Die Linke eine (Wieder-)Erhebung der Vermögenssteuer, eine gerechte Erbschaftsbesteuerung, eine gerechte Einkommens- und ebenso gerechte Unternehmensbesteuerung, die (Wieder-)Einführung einer Börsenumsatzsteuer und die entschiedene Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung.

Zu bedenken ist, dass dies nur eine sehr vorsichtige Annäherung an das Volumen zusätzlicher Einnahmen ist. Denn – so wird auch im Leitantrag des Parteivorstandes betont – »die Steuersenkungen der letzten Jahre zugunsten von Reichen und Großunternehmen haben dazu geführt, dass die Steuer- und Abgabenquote in Deutschland sich weit unter dem europäischen Durchschnitt befindet. Dadurch ergibt sich eine Unterfinanzierung der öffentlichen Haushalte von 120 Milliarden Euro pro Jahr.«

Die Debatte um mögliche Mehreinnahmen der öffentlichen Hand ist ohnehin zuvorderst eine politische Frage, eine Frage der Mobilisierungsfähigkeit, eine Frage der Hegemonie. Nehmen wir als Beispiel die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Bereits 2002 hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in einem Gutachten für die Gewerkschaft ver.di ein Volumen von 16 Milliarden Euro errechnet. Zugrunde gelegt waren eine einprozentige Besteuerung und Freibeträge in der Größenordnung von 500000 Euro für eine vierköpfige Familie. Diese Größenordnung ist in einem Gutachten des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung für Die Linke in Hessen nochmals bestätigt worden.

Spannend wird jedoch die Frage, wie ein derartiges politisches Ziel verwirklicht werden kann. Die traditionelle Vorstellung läuft darauf hinaus, dass man hierfür parlamentarische Mehrheiten benötigt. Entweder allein – Welch kühne Vision – oder mit einem oder mehreren Koalitionspartnern. Selbst wenn dies gelingen sollte, wäre das Ausmaß der Vermögensbesteuerung offen. Ja, sogar das Scheitern der Wiedereinführung der Vermögenssteuer wäre nicht auszuschließen. Denn die Vermögenden und Reichen würden sich mit ungeheurer Macht gegen dieses Projekt stellen. Eine Welle von Desinformation und Polemik würde das Land überziehen. Der Kampf um unser wirtschaftliches Reformprojekt muss mit dem Kampf um gesellschaftliche, linke Hegemonie verbunden werden – unter anderem, um die Wiedereinführung der Vermögensbesteuerung politisch abzusichern. Zugleich ist aber auch ein überzeugendes und breite Interessen ansprechendes ökonomisches Reformprogramm ein

notwendiges Element im Kampf um die Hegemonie.

Das Steueraufkommen, die Schärfe der Besteuerung der Reichen würde entscheidend davon abhängen, in welchem Maße das Volk dieses Projekt trägt. In welchem Maße breite Teile der Bevölkerung darum wissen, dass mit 16 Milliarden Euro Mehrertrag aus der Vermögensbesteuerung in Deutschland endlich eine hervorragende Erziehung und Bildung zu finanzieren wären. »Was ist wichtiger für unsere Kinder, unser Land? Gute Erziehung und Bildung oder weiterhin die Privilegierung Reicher und Vermögender?« Wenn auf diese Frage große Teile der Bevölkerung die »richtige« Antwort geben und sich nicht von vermeintlichen »Neiddebatten« einfangen lassen, dann ist dies wichtiger als die Klärung der technischen Details einer Steuerreform.

Das Ziel der Erringung der Hegemonie müsste so weit gehen, dass Teile der Reichen und Vermögenden selbst für die Vermögensbesteuerung eintreten. Das ist nicht utopisch. Vereinzelt Ansätze hierfür gibt es bereits – siehe den Fall des Hamburger Reeders Peter Krämer. Sogar in den USA haben über 200 Superreiche sich gegen die Abschaffung der Erbschaftssteuer gewandt.

Wenn man diese politischen Implikationen der Auseinandersetzung bedenkt, tritt das Rechnen in Nachkommastellen in den Hintergrund. Dann ist klar: Das Zukunftsinvestitionsprogramm ist finanzierbar, wenn man es zu einem gesellschaftlichen hegemonialen Projekt macht. Aber gerade darum geht es: Eine Perspektive aufzumachen, die durchaus visionäre Elemente enthält, aber dicht an den Alltagsorgen und -bedürfnissen der Menschen ansetzt. Und zu zeigen, dass diese Perspektive von der Seite der Finanzierung grundsätzlich realisierbar ist.

Selbstfinanzierungseffekte

Kehren wir zu den Einwänden unserer Kritiker zurück. Diese laufen darauf hinaus, dass ein Zukunftsinvestitionsprogramm nicht finanzierbar sei, da die denkbaren Mehreinnahmen für andere Projekte bereits vorgesehen seien. So müssten allein 22 Milliarden Euro aufgewendet werden, um die erhöhte Mehrwertsteuer wieder zu senken. So richtig es ist, sich gegen die Erhöhung von indirekten Steuern zu wehren, so falsch ist es jedoch, die Senkung zum linken Projekt zu machen. Es ist nämlich in keiner Weise gesichert, dass Verringerungen der Mehrwertsteuer von den Unternehmern an die Konsumenten weitergeben werden.

Des Weiteren müssten 15 Milliarden Euro zur Schuldentilgung abgezweigt werden. Dies wäre jedoch eine restriktive, Nachfrage und Wachstum schwächende und Beschäftigung vernichtende Politik. Bei dem Zukunftsinvestitionsprogramm geht es gerade darum, die Binnennachfrage dauerhaft zu stärken und aktuell einer drohenden Rezession entgegenzuwirken, und nicht darum, sie durch eine solche Maßnahme zu schwächen. Die sicherlich notwendige Konsolidierung des Bundeshaushalts muss vor allem das Ergebnis von wachstumsbedingten Steuermehreinnahmen sein. Nach Berechnungen von ver.di wird ein Zukunftsinvestitionsprogramm in mittlerer Frist zu einer Verringerung der jährlichen Neuverschuldung von einem Prozentpunkt führen. Eine Studie für die Bundestagsfraktion der Linkspartei kommt zu ähnlichen Ergebnissen.

Allein durch den Verzicht auf diese beiden Vorschläge wären im Finanzkonzept der Linkspartei genügend Mittel frei, um neben der Finanzierung eines Zukunftsinvestitionsprogramms weitere zusätzliche Ausgaben wie die Erhöhung des Arbeitslosengeldes II und andere wichtige Positionen zu decken. Denn: Ein Zukunftsinvestitionsprogramm mit der Schaffung von einer Million Arbeitsplätzen wird zu Einsparungen beim Arbeitslosengeld und gleichzeitig zu steuerlichen Mehreinnahmen führen. Kurz: Ein Zukunftsinvestitionsprogramm weist so genannte »Selbstfinanzierungseffekte« auf, die zu einer effektiven Kostenbelastung von maximal 50 Prozent führen, also 20 bis 25 Milliarden Euro.

Stärkung der Binnennachfrage

Seit Jahren wird die Binnennachfrage durch schlechte Lohnabschlüsse und durch Senkung der Staatsausgaben heruntergefahren. Seit Jahren wird die schwache Konsumkraft beklagt, ohne Konsequenzen zu ziehen. Besonders betroffen sind klein- und mittelständische Unternehmen, vielfach Handwerksbetriebe. Sie tätigen kaum Exportgeschäfte und sind auf den regionalen Absatzmarkt angewiesen. Die Strangulierung der öffentlichen Kassen hat gerade für sie negative Folgen. Der örtliche Malermeister bekommt keine Aufträge zur Renovierung von Kindergärten und Schulen mehr. Wenn dort etwa die Wandfarbe groß flächig abbröckelt, werden Eltern zum freiwilligen Arbeitseinsatz an Wochenenden »zartfühlend motiviert«.

Auf betrieblicher Ebene stellt sich die Nachfrageschwäche immer wieder als scheinbar betriebliches Kostenproblem dar. Unternehmer setzen verbreitet Kostensenkungsprogramme durch. Auch linken Politikern drängt sich immer wieder der Eindruck auf, dass den kleinen Betrieben am besten mit Kostenentlastungen, vorzugsweise bei Steuern und/oder Sozialabgaben geholfen werden müsse. So geraten auch immer wieder die »Lohnnebenkosten« ins Visier – nicht nur bei CDU, SPD, FDP oder den Grünen. Diese Sichtweise führt jedoch zu einem Trugschluss. Denn das eigentliche Problem ist die Nachfrageschwäche und sind nicht die zu hohen Kosten. Wird in solch einer Situation auf Kostensenkung gesetzt, wird damit die (auch regionale) Binnennachfrage weiterhin reduziert. In letzter Konsequenz gerät man mit einer angebotsorientierten Politik immer tiefer in den fehlerhaften Kreislauf.

Die entscheidende Aufgabe für linke Wirtschaftspolitik ist es, durch zusätzliche gute und sinnvolle Arbeit die Erwerbslosigkeit zu verringern, Einkommen und Lebensqualität der Mehrheit der Menschen zu verbessern und zugleich den Ressourcenverbrauch zur Schonung der Umwelt zu senken. Das Zukunftsinvestitionsprogramm leistet hier einen wichtigen Beitrag und beendet die verhängnisvolle Politik der Strangulierung der Binnennachfrage – gerade auch, um vielen kleinen und mittleren, regional angesiedelten Unternehmen wieder Aufträge zu angemessenen Konditionen zu geben. So kann linke Politik »den emanzipatorischen Interessen aufgeklärter, mit den modernen Produktivkräften verbundener (...) kleiner und mittlerer Selbständiger« Rechnung tragen.

Mit den steuerpolitischen Maßnahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms wären vor allem die finanziellen Bedingungen für die Länder und mittelbar auch die der Kommunen dramatisch verbessert. Die Mehreinnahmen sind ein wichtiger Beitrag, um die Logik der finanziellen Sachzwänge zu beenden oder zumindest massiv zu mildern. Insofern können wir Caren Lay, Stefan Liebich und Inga Nitz vom Forum demokratischer Sozialisten nur zustimmen: »Und wir müssen für eine bessere Finanzausstattung der Länder und Kommunen kämpfen, damit Politikerinnen und Politiker der Linkspartei nicht durch finanzielle Rahmenbedingungen zu Privatisierungen gezwungen werden, die sie programmatisch für falsch halten.«

Die schwächer werdende Dynamik der Auslands- und Investitionsnachfrage macht ein solches öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm und kräftige Lohnzuwächse umso wichtiger. Dies ist auch ein Beitrag zur internationalen Solidarität mit den Beschäftigten und ihren Familien in den anderen Ländern Europas und der Welt, die durch die aggressive Exportorientierung und das Lohndumping in Deutschland unter Druck gesetzt werden.

Das Zukunftsinvestitionsprogramm ist nicht die alleinige »Grundlinie alternativer Wirtschaftspolitik«, aber zumindest ein ganz entscheidender Strang. Nur im bundesweiten Zusammenwirken eines Zukunftsinvestitionsprogramms mit gezielter Förderung kann es auch in Ostdeutschland wieder einen Aufschwung geben.

Zur Wiederankurbelung der Binnennachfrage gehört als weiterer entscheidender Bereich die Lohnentwicklung. Deshalb müssen wir alles unternehmen, um die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften wieder zu stärken. Das heißt vor allem Kampf gegen Lohndumping, gegen Befristungen, Leiharbeit und Minijobs. Vor allem brauchen wir wieder einen Zumutbarkeitsschutz beim Arbeitslosengeld II. Und die Absicherung der Einkommen durch einen gesetzlichen Mindestlohn von acht Euro und in schnellen Erhöhungsschritten von zehn Euro gehört ebenso dazu. Zusätzlich müssen wir der herrschenden Politik der erneuten Arbeitszeitverlängerung wieder die Vision einer deutlichen Arbeitszeitverkürzung entgegenstellen.

Das Zukunftsinvestitionsprogramm und die wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Alternativen der Partei Die Linke sind zentrale Elemente des gesellschaftspolitischen Richtungswechsels, für den wir kämpfen. Es stellt soziale Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen über private Profitinteressen und bildet damit einen Schritt zur Überwindung der Vorherrschaft des Kapitals und zum demokratischen Sozialismus.